

# tacheles **GRATIS**

Zeitung für Emanzipation und Solidarität Ausgabe 70 Frühjahr 2019 · Kostenlos

## **TACHELES GEGEN DIE UNTOTEN:**

**Privatisierung S. 3 + 15**

**Abschiebung S. 4**

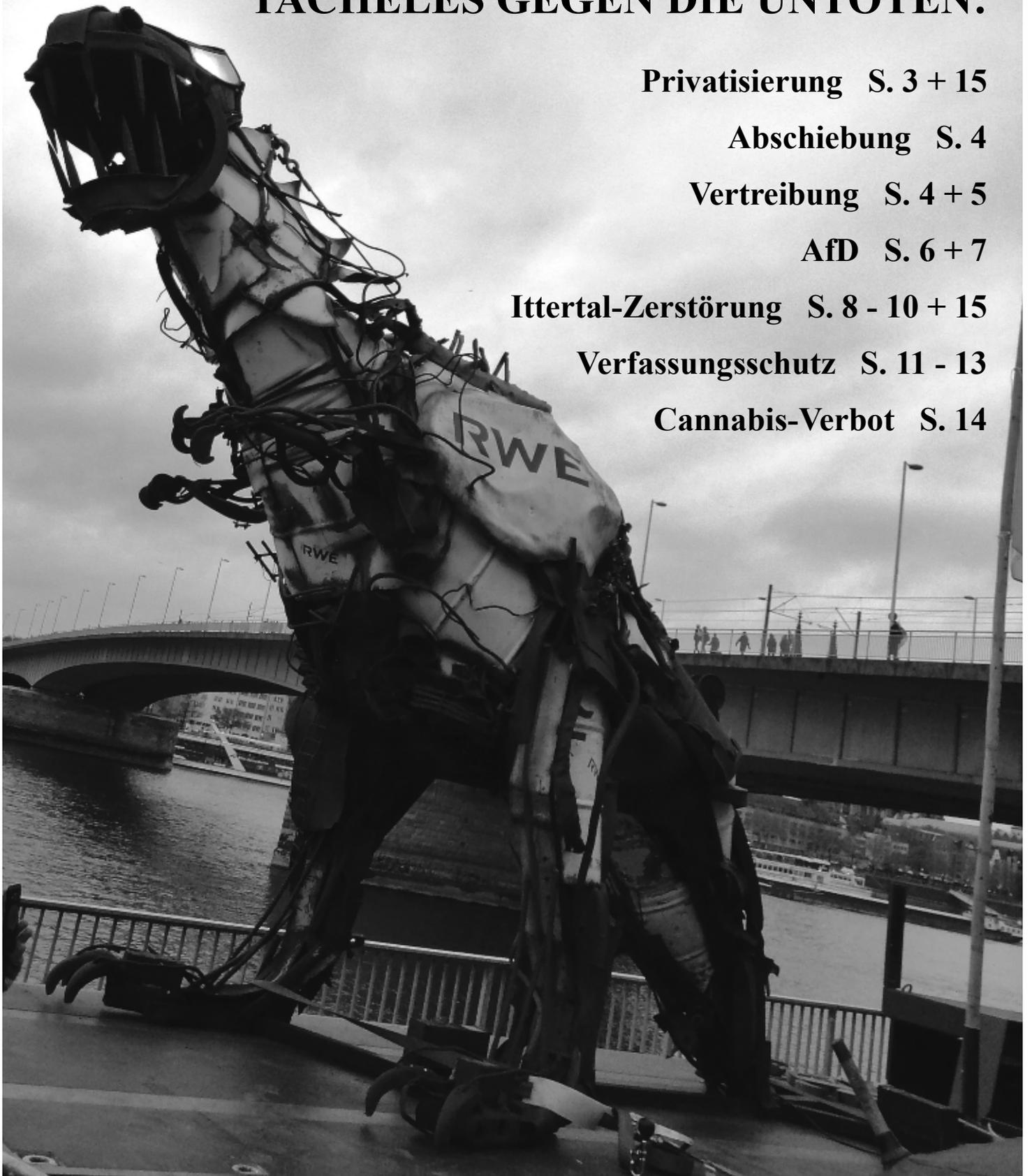
**Vertreibung S. 4 + 5**

**AfD S. 6 + 7**

**Ittertal-Zerstörung S. 8 - 10 + 15**

**Verfassungsschutz S. 11 - 13**

**Cannabis-Verbot S. 14**



## Inhalt

<b>Im Ohligser Osten viel Neues!</b>	2
<b>Bleibt das kommunale Klinikum erhalten?</b>	3
<b>Kirchenasyl gegen Abschiebung</b>	4
<b>Gegen Verschärfung der Straßenordnung!</b>	4+5
<b>Solinger AfD radikalisiert sich weiter</b>	6+7
<b>Eventhallen-Aus: Jetzt Nachhaltigkeitswende?</b>	8-10
<b>Verfassungsschutz: Die Macht im Schatten</b>	11-13
<b>Cannabis als Medizin - Teil 3</b>	14
<b>Versteckte Privatisierung bleibt Privatisierung</b>	15
<b>Buschfeld: CDU für + gegen Landschaftsschutz</b>	15
<b>Nachruf für Rolf / Bürgerradio / Gruppen</b>	16



## IMPRESSUM

tacheles – Zeitung für Emanzipation und Solidarität

Die Zeitung wurde von dem Redaktionskollektiv erstellt.

Auflage 3.000

Kontakt & Zuschriften: c/o Café Courage,  
Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen

E-Mail: tacheles-solingen@gmx.de

www.tacheles-solingen.de

Ausgabe 70 20. 1. 2019

ViSDP und Herausgeber: Frank Knoche

c/o Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen

Die Artikel entsprechen nicht unbedingt immer der  
Meinung der Redaktion.

Bankverbindung:

Bürgerinitiativen-Büro Solingen e.V.

IBAN: DE31330605920005464641

Titelbild: RWE-Dino bei der Demo „Kohle stoppen –  
Klimaschutz jetzt!“ am 1.12. in Köln mit 20.000

TeilnehmerInnen, zeitgleich demonstrierten weitere  
16.000 in Berlin. Foto: Herbert Kremer

## Im Osten viel Neues!

**Die Genossenschaft „BürgerEnergie Solingen“ lud im vergangenen Sommer zum Quartiersspaziergang auf der Ostseite des Solinger Hauptbahnhofs ein.**

Eine ganze Reihe von Projekten wurden in jüngster Vergangenheit zur Aufwertung der „vergessenen“ Ostseite des Solinger Hauptbahnhofs, des sogenannten Hansa-Viertels, auf den Weg gebracht: Der Neubau des Galileums und der Softwarefirma Codecentric, die städtebauliche Aufwertung der Sauerbreystraße und die Gestaltung des Planetenwegs als Verbindung zwischen der Straße und dem Planetarium sind hier bereits sichtbare Zeichen für einen städtebaulichen Aufbruch des gesamten Quartiers. „Das Integrierte Stadtentwicklungskonzept für Ohligs bietet dabei einen Rahmenplan für alle Projekte, die auch künftig noch umgesetzt werden sollen“, so die Abteilungsleiterin der Stadtentwicklungsplanung, Miriam Macdonald, die 50 interessierte Bürgerinnen und Bürger der Stadt sachkundig durch das Hansa-Viertel führte. So ist noch Einiges in Planung, um das Viertel künftig noch weiter aufzuwerten: ein Kindergarten in der Nähe des Galileums, ein Hotelneubau, ein Urban-Gardening-Projekt am Planetenweg und endlich eine ansprechende Platzgestaltung an der Zufahrt zur Bahnhofsrückseite. „Dies alles sind Vorhaben, die dazu beitragen, ein bisher kaum beachtetes Viertel zu stabilisieren, städtebaulich aufzuwerten und damit lebenswerter zu gestalten“, so Macdonald, die durch Tabea Reichert vom Ohligser Stadtteilbüro bei ihrer Führung tatkräftig unterstützt wurde. Die Zukunftsvision für das Hansa-Viertel: weitere Wohn- und Gewerbevorhaben im Quartier in den kommenden Jahren zu realisieren um weitere Impulse setzen zu können.

Einen Einblick in die Zukunft des Arbeitens wurde beim anschließenden Besuch der Softwarefirma Codecentric gewährt. „Vor zwei Jahren haben wir den Neubau bezogen und dabei neben der obligatorischen Haustechnik auch sehr stark auf die Gestaltung des Arbeitsumfeldes unserer Mitarbeiter geachtet“, so Lars Rückemann, Leiter der Niederlassung Solingen. Offene Büros, transparente Besprechungsräume, eine Cafeteria und ein Forum für Team-Meetings und Vorträge sind Zeichen einer neuen, auf Kreativität und Kommunikation angelegten Arbeitskultur.

So blieb den Teilnehmenden am Ende des informativen Quartiersspaziergangs ein großes Staunen über das, was sich durch die vielen schon laufenden und geplanten Projekte im Hansa-Viertel hinter dem Hauptbahnhof an positiver Zukunft abzeichnet. Es blieb auch die Einsicht, dass ein Viertel mit seinen vielschichtigen Problembereichen durch großes Engagement der Stadt und ihrer Bürger auf eine positive Spur gebracht werden kann. Daher: Im Osten viel Neues!

*Ralf Schüle*

Frauen und  
**Café Courage**  
Initiativen Treff e.V.

Klemens-Horn-Str. 3  
42655 Solingen  
Tel.: 0212 27 36 35

**Mittwochs offene Tür  
von 12:00 bis 16:00 Uhr**

Offener Willkommenstreff für Flüchtlinge und  
UnterstützerInnen

**von 16:00 bis 18:00 Uhr**  
Hausaufgabenhilfe



## HIER STEHT DER MENSCH IM MITTELPUNKT

**Das Städtische Klinikum Solingen –  
Noch... eine gemeinnützige GmbH:**

**Unser Klinikum** bietet mit 16 verschiedenen Fachbereichen eine sehr umfangreiche und qualitativ hochwertige Maximalversorgung. Mit 658 Betten wird die stationäre medizinische Versorgung von über 29.000 Patientinnen und Patienten im Jahr sichergestellt. Zusätzlich werden mehr als 39.000 Menschen jährlich im ambulanten Bereich versorgt. Die medizinische und pflegerische Versorgung erfolgt dabei auf sehr hohem Niveau.

Für das Wohl dieser Patienten setzen sich 1.900 engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein: Als Ärzte, in der Pflege, in der Verwaltung und in den verschiedenen Servicebetrieben. Dieses Engagement erfährt eine große Wertschätzung; nicht nur durch die Einwohner unserer Stadt, sondern auch überregional.

**Als Akademisches Lehrkrankenhaus** der Uni-versität Köln verfügt das Klinikum über ein Bildungszentrum mit Hochschulzulassung. Als einer der größten Arbeitgeber in der Region bildet das Klinikum in vielen Bereichen der Medizin und Pflege, aber auch in allen angegliederten Berufen des Gesundheitswesens vorbildlich aus. Dazu gehören der kaufmännische Geschäftsbereich, Wirtschaft, die Verwaltung und die Technik.

Noch gehören alle Servicebereiche zum Klinikum. Einige davon, wie Apotheke, Küche und Wäscherei stellen nicht nur die hauseigene Versorgung sicher; sie versorgen zusätzlich andere kommunale Betriebe, wie Schulen und Altenheime.

**Familien- und umweltfreundlich**, in vielen Bereichen zertifiziert und gut vernetzt setzt das Klinikum auf Menschlichkeit und Qualität für zufriedene Patienten und Mitarbeiter.

### **Verbundbildung vorteilhaft?**

Um wirtschaftlich erfolgreicher zu werden, ist ein Verbund mit dem ebenfalls kommunalen Krankenhaus Leverkusen in Planung. Doch welche Vorteile bringt eine solche



*Bleibt das Klinikum zu 100% eigenständig in kommunaler Hand in Solingen?*

*Foto: Heinz Mähler*

Verbundbildung für das Städtische Klinikum? **Kritisch** aus mehreren Gründen sieht nicht nur die Bürgerinitiative „Solingen gehört uns“ die Verbundbildung. Die jetzt noch bestehende Entscheidungs- und Handlungsfreiheit nicht nur in organisatorischen Dingen wird mit Sicherheit eingeschränkt werden - denn mit einem Verbundpartner muss man sich schließlich abstimmen.

**Anders** als das Krankenhaus Leverkusen bietet das Klinikum Solingen noch den Tarifvertrag (TVöD / TV-Ärzte) für alle seine Mitarbeiter an. Das könnte sich im Verbund ändern.

### **Aus gutem Grund fordert der Betriebsrat deshalb für die Verhandlungsgespräche:**

- Ausschluss von betriebsbedingten Kündigungen/Änderungskündigungen
- Keine Überleitung von Beschäftigten in prekäre Arbeitsverhältnisse mittels Haustarifverträgen
- Keine Teilprivatisierung von Tertiär- oder Sekundärbereichen
- Kein regelhafter Einsatz von Mitarbeitern an unterschiedlichen Standorten
- Anwendung der gegenwärtig gültigen Tarifverträge für alle Mitarbeiter

- Erhalt von Gleichstellungsbeauftragten und SBV an allen einzelnen Standorten  
Grundsätzlich bleibt noch zu sagen, dass, trotz des anhaltenden wirtschaftlichen Drucks durch die Fallpauschalen (DRGs) im Gesundheitssystem, es dem Solinger Klinikum bisher gelungen ist, schuldenfrei zu bleiben.

Ist als Langzeitfolge einer Verbundbildung mit dem hoch verschuldeten Leverkusener Krankenhaus möglicherweise dann doch noch mit einer Privatisierung des Städtischen Klinikums zu rechnen?

*Birgit Correns*



## **„SOLINGEN GEHÖRT UNS!“**



**Verein zur Erhaltung und Förderung der kommunalen Daseinsvorsorge e.V.**

## STARKE PROTESTE GEGEN DIE VORLAGE ZUR VERSCHÄRFUNG DER STRASSENORDNUNG

**(dg) Mehr als 600 Menschen unterzeichneten in Solingen den unten dokumentierten Bürgerantrag gegen die von der Verwaltung unter Federführung des Beigeordneten Jan Welzel (CDU) erstellte Vorlage zur Verschärfung der Solinger Straßenordnung.**

Der Caritasverband Wuppertal/Solingen e.V., die Jugend- und Drogenberatung anonym e.V. und der Jugendstadtrat lehnten die Verschärfung in einem offenen Brief, den wir anbei dokumentieren, entschieden ab. Weiterhin sprechen sich u.a. der Stadtjugendring, die Medizinische Hilfe Solingen und das Stadtdekanat Solingen explizit gegen eine Verschärfung aus. Diese Position wird unterstützt durch die sehr kritische Haltung von weiteren Wohlfahrtsverbänden, dem Forum Jugend und Soziales und der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen.

Auch die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen-offene Liste, BfS, Die Linke und FDP lehnten die vorgeschlagene Verschärfungs-Vorlage ab. Diese wurde in der Ratssitzung im Dezember 2018 zunächst zurückgezogen. Es ist zu erwarten und zu hoffen, dass die wesentlichen Verschärfungen,

die insbesondere arme sowie junge SolingerInnen betreffen würden, bei der Ratsabstimmung von der politischen Mehrheit abgelehnt werden.

**Bürgerantrag an den Rat der Stadt Solingen / gemäß §24 Gemeindeordnung NRW Anregungen und Beschwerden zur Ablehnung einer Verschärfung der Straßenordnung für die Stadt Solingen**

Die Unterzeichner fordern den Rat der Stadt Solingen auf, folgendes zu beschließen:

**Eine Verschärfung der Straßenordnung für die Stadt Solingen wird abgelehnt. Die bisherige Straßenordnung behält ihre Gültigkeit.**

Die bestehenden Gesetze der Bundesrepublik Deutschland und die bisherigen Verordnungen der Stadt Solingen reichen aus, um ein gutes Zusammenleben in unserer Stadt zu gewährleisten. Der Umgang mit faktischen Belästigungen ist bereits bisher geregelt. Wenn aber alleine Begriffe wie „wiederkehrende ortsfeste Ansammlung von Personen“

ausreichen, dass Bedienstete des Stadtdienstes Ordnung dies mit bis zu 1.000 Euro Geldbuße bestrafen, kann im Prinzip jedes Zusammensein mehrerer Personen geahndet werden. Willkürlich würde dann entschieden, wann wer sich am selben Platz wiederholt aufhalten darf. Eine solche „Vertreibungspolitik“ ist menschenunwürdig. Zudem können Bußgelder und Ordnungsgelder von den meisten Betroffenen nicht bezahlt werden. Dies könnte in Folge zu Erzwingungshaft oder krimineller Geldbeschaffung führen.

Weitere vorgeschlagene Verschärfungen sehen außerdem eine Einschränkung der Nutzung des Öffentlichen Raums (Straßenmusiker, Infostände) vor. Dies widerspricht unserer Auffassung, dass Solingen eher eine Belebung des bürgerschaftlichen Engagements und der Innenstadt insgesamt braucht. Härtere ordnungsrechtliche, polizeiliche oder strafrechtliche Bestimmungen erhöhen vielleicht das subjektive Sicherheitsempfinden, bewirken aber in den meisten Fällen keine messbaren Vorteile für die Öffentliche Sicherheit. Stattdessen sollten präventive Maßnahmen und die aufsuchende Sozialarbeit stärker ausgebaut werden.

## KIRCHENASYL ERHALTEN !

**Die Evangelische Luther-Kirchengemeinde hat seit März 2018 für einen jungen Christen aus dem Iran ein Kirchenasyl eingerichtet. Inzwischen ist er hier sehr gut integriert und wird von der Gemeinde intensiv unterstützt.**

Als die Ausländerbehörde des zuständigen Kreises Wesel ihn am 7.1.2019 um 5:30 Uhr mit Amtshilfe von Solinger Ausländerbehörde und Polizei abschieben wollte, versammelten sich ab 5:00 Uhr 200 Gemeindeglieder aus Solidarität zu einer Andacht. Auch weitere UnterstützerInnen drückten ihren Protest gegen



*Gemeinsames Eintreten gegen Abschiebung Foto: Hans-Günter Koch*

gen die Abschiebung aus. Die Ausländerbehörde hatte keinen Durchsuchungsbeschluss.

Die Gemeinde ließ die Beamten deshalb nicht ins Haus. Die Behörde kündigte an, demnächst mit einem Durchsuchungsbefehl zurückkommen zu wollen. Die Gemeinde will dem Flüchtling dagegen die Möglichkeit bieten, das Ende seines noch laufenden gerichtlichen Asylverfahrens abzuwarten.

Vielen Dank an die Kirchengemeinde für ihren zutiefst menschlichen Einsatz!

Es bleibt zu hoffen, dass die angedrohte Abschiebung nach Frankreich – und dann möglicherweise in den Iran – nicht durchgepeitscht wird.

*Dietmar Gaida*

## Solinger Appell / Forum gegen Krieg und Rassismus

Wir beschäftigen uns mit den Themen Rassismus, Neonazismus, Bleiberecht für Flüchtlinge, Auswirkungen von Hartz IV auf MigrantInnen, Nationalismus, Militarisierung, Stolpersteine, Aufrüstung der Bundeswehr und Einschränkung der Bürgerrechte.

Kontakt: c/o Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3, 42655 Solingen, solinger-appell@operamail.com

Treffen alle 14 Tage donnerstags um 20h im Café Courage



Caritasverband  
Wuppertal/Solingen e.V.



Jugend- und Drogenberatung  
anonym e.V.



## OFFENER BRIEF ZUR GEPLANTEN VERSCHÄRFUNG DER STRAßENORDNUNG

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir, die Unterzeichnenden, lehnen die Verschärfung der Straßenordnung ab, weil sie den gesellschaftlichen Diskurs und das Miteinandergehen in unserer Stadt insgesamt verschärfen wird. Außerdem sind wir sehr irritiert darüber, dass diese Veränderung im Kontext mit pädagogischen Konzepten im Bereich der Prävention in den Jugendhilfeausschuss gebracht wurde. Im Sozialausschuss war eine Diskussion zu der Thematik gar nicht vorgesehen

Prävention ist mit einer Verschärfung von bestehenden Verhaltensregeln nicht möglich, zumal an vielen Stellen des Entwurfs das zu ahnende Verhalten sehr unbestimmt beschrieben wird.

So wird zum Beispiel festgelegt, dass jedes Verhalten untersagt ist, „das geeignet ist, andere zu gefährden, mehr als nach den Umständen vermeidbar, zu behindern oder zu belästigen...“ Konkret bedeutet das aus unserer Sicht, dass die Sicherheitskräfte nach ihrem Ermessen entscheiden, wann ein Verhalten als fehlerhaft einzustufen ist oder nicht. Dabei sind die bestehenden Gesetze, die regeln, welches Verhalten strafbar ist und welches nicht, völlig ausreichend.

Erstmals verboten und mit bis zu 1.000 Euro Geldbuße bedroht wird die „Wiederkehrende, ortsfeste Ansammlung von Personen (Lagern) die dabei Passanten bei der Nutzung des öffentlichen Straßenraums im Rahmen des

Gemeingebrauchs behindern oder belästigen“ [§ 12 (1) 2.].

Ebenfalls erstmals mit bis zu 1000 Euro Geldbuße bedroht werden „Störungen vor allem in Verbindung mit Alkoholgenuss...“ [§ 12 (1) 3.].

Mit dieser Verordnung werden die Menschen, die zum Teil auf der Straße leben, vertrieben. Betroffen werden auch diejenigen sein, die sich in Gruppen auf der Straße treffen, weil sie keine finanziellen Möglichkeiten haben, zum Beispiel Gaststätten aufzusuchen. Dies läuft auf die Ausgrenzung einzelner Gruppen aus dem öffentlichen Raum hinaus. Eine „Ansammlung von Personen“ wird man letztendlich per Ordnungsrecht nicht verhindern. Eine derartige Vertreibungspolitik ist menschenunwürdig. Zudem können verhängte Bußgelder und Ordnungsgelder von den meisten Betroffenen nicht bezahlt werden. Dies könnte in der Folge zu Erzwingungshaft oder krimineller Geldbeschaffung führen.

Weitere Vorschriften der verschärften Straßenordnung würden die Nutzung des öffentlichen Raums einschränken. So soll die städtische Ordnungsbehörde u.a. auch erstmals Zuwiderhandlungen gegen Folgendes mit bis zu 1000 Euro bestrafen können:

- „Musiker und Schauspieler dürfen nur in den ersten 30 Minuten einer vollen Stunde ihre Darbietungen vorführen. Die zweite Hälfte jeder vollen Stunde ist spielfrei zu halten. Nach jeder Darbietung ist der Standort so zu verändern, dass die Darbietung am ursprünglichen Standort nicht mehr hörbar ist, der

neue Standort muss mindestens 200 Meter entfernt sein.“ [§ 19 (2)]

- Wer Informationsmaterial verteilt, ohne „sein von Passanten in einem Umkreis von 100 m weggeworfenes Werbematerial unverzüglich wieder einzusammeln.“ [§ 20 (3)]

Muss die Arbeit von Ehrenamtlichen erschwert werden? Gibt es in Solingen zu viel Straßenmusik? Brauchen wir nicht viel eher eine Belebung des bürgerschaftlichen Engagements und der Innenstadt insgesamt?

Wir lehnen alle Maßnahmen ab, die darauf abzielen, die subjektiven Ängste in der Bevölkerung durch härtere ordnungsrechtliche, polizeiliche oder strafrechtliche Bestimmungen zu bedienen. Eine Law-and-Order-Politik bewirkt in den meisten Fällen keine messbaren Vorteile für die öffentliche Sicherheit und stellt daneben häufig eher eine Gefahr für den Zusammenhalt und den Frieden in der Bevölkerung dar. Stattdessen sollte die aufsuchende Sozialarbeit mit ihren guten Erfolgen bei der Arbeit mit den Betroffenen stärker ausgebaut werden.

Eine Verschärfung der Straßenordnung hilft nicht im Zusammenleben unserer Stadtgesellschaft, sondern verhärtet eher die Kommunikation untereinander. Aus diesem Grunde erwarten die Unterzeichner, dass diese Pläne fallen gelassen werden und man sich an die bereits bestehenden Gesetze und Verordnungen hält.

Mit freundlichen Grüßen

**Dr. Christoph Humburg**  
für  
Caritasverband  
Wuppertal/Solingen e. V.

**Norbert Schäfer**  
für  
Jugend- und Drogenberatung  
anonym e. V.

**Finn Grimsehl-Schmitz**  
für  
Jugendstadtrat  
Solingen

## SOLINGER AFD RADIKALISIERT SICH WEITER

**Rassistisch, gewaltbereit, Faschismus und kriegsverherrlichend, antisemitisch, islamophob, demokratiefeindlich:**

### Solinger AfD radikalisiert sich weiter Richtung NPD

Der folgende Artikel basiert auf einem öffentlichen Vorabdruck vom 28. September 2018. Wenige Tage später sperrte Facebook die Seite der AfD Solingen.

Wie die Welt der Solinger AfD aussieht und wie sich diese rechts populistische Partei weiter Richtung des extremen Höcke-Flügels der AfD und der rechtsextremistischen NPD zubewegt, lässt sich auf deren Internetseiten ablesen. Offensichtlich verfügt der frühere Sprecher der AfD und deren Direktkandidat zur letzten Bundestagswahl, Frederik Kühne, über kaum noch Einfluss auf die Solinger Ortsgruppe. Noch im Februar 2018 als stellvertretender Vorsitzender gewählt, wurde er in dieser Funktion vom 20jährigen Studenten der altkatholischen Theologie, Tobias Montag („Gott hat mich gerufen“- ST 13.10.2016), abgelöst und ist im Vorstand der Partei nicht mehr vertreten. Tobias Montag, als einer der Administratoren und Autoren der AfD-Homepage und der neue Schriftführer, der Kleindarsteller (siehe OBI - Werbung) Markus Kosta Maseck, scheinen die neuen tonangebenden Vorstandsmitglieder der Solinger AfD zu sein, welche die Radikalisierung vorantreiben. Die nominelle Sprecherin des Kreisverbandes, Verena Wester, Tochter des ehemaligen Dortmunder AfD-Chefs und Finanzrichters Dr. Michael Balke, tritt vor Ort kaum noch in Erscheinung. Als wissenschaftliche Mitarbeiterin des AfD-Bundestagsabgeordneten, Stefan Keuter, scheint sie ausgesorgt zu haben. Über ihren Chef, ein ehemalig millionenschwerer Investment- Banker in Frankfurt, der mehrere Firmen zur Insolvenz brachte, schreibt die WAZ am 24.03.2017: „Begriffe wie ‚Schuld-kult‘ und ‚Volksgemeinschaft‘ gehen ihm locker über die Lippen“. Das letzte Mal fiel

Verena Wester unangenehm auf, als sie bei Radio RSG am 27.04.2017 behauptete, dass die „Straßen immer unsicherer“ und die „Straftaten immer mehr zunehmen“ würden, obwohl diese Straftaten tatsächlich historisch noch nie so gering waren wie zu diesem Zeitpunkt. Die gefühlte Kriminalität zu einer tatsächlichen aufzubauschen, um mit der Angst sein politisches Geschäft zu betreiben, war schon immer eine wirksame Strategie nicht nur der extremen Rechten.

### Schauen wir uns den Facebook-Auftritt der AfD einmal genauer an:

Da findet die Aussage, wonach Spiegel, Solinger Tageblatt und andere Medien zu den „ekelhaften, linksbuntversifften, offen kommunistischen und vom Merkelregime subventionierten Hetzschreiberlingen“ gehören, umfängliche Zustimmung. Die diesbezüglich erhobene Forderung von Berufsverboten für solche Medien und Journalisten, lässt ahnen was wir von einer AfD an der Macht zu erwarten hätten.

SPD, Linke und Grüne sind für die AfD Solingen „linksgrünes Faschistengesindel“ und Angela Merkel wird als einer der „größten Völkermörder der Geschichte“ bezeichnet. Zwar distanziert sich die Sprecherin Verena Wester von diesem Eintrag auf ihrer Homepage, kann aber nicht glaubhaft erklären wie dieser zustande kam, weil er von mehreren AfD-AnhängerInnen positiv bewertet wird. In einem von der AfD Solingen selbst verantworteten Text wird der Bundeskanzlerin auch eine direkte Schuld für den Tod des „assimilierten Ausländers“ in Chemnitz gegeben. Die Bundesregierung sei ein „ekelhaftes kriminelles und rassistisches Verbrecher- und Deutschlandhasserpack“, gegen das Widerstand zur Pflicht wird. Und wegen dieser Pflicht wird die Bewaffnung aller Deutschen eingefordert. Die derzeitigen Waffengesetze würden verhindern, dass man sich wirksam verteidigen könne. Dazu passend fordert ein Oliver Dietz unzensiert:

„Ich sage, greift zu Waffen!“ Schon im Dezember 2016 hatte das AfD - Mitglied, Dietmar Gedig, Polizeikommissar in Solingen, die Bundeskanzlerin öffentlich als „wahnsinnig und kriminell“ bezeichnet und gefordert, dass Heiko Maas „weg-sperrt gehöre“. Während die zuständige Staatsanwaltschaft hohe Geldstrafen für Antifaschisten durchsetzt, welche AfD- Mitglieder als Rassisten bezeichneten, sah die Wupper-



taler Staatsanwaltschaft im Fall Gedig keine strafbare Handlung. Dietmar Gedig ist Beisitzer im Vorstand der Solinger AfD, seit dem 30.07.2018 Mitglied der Bezirksvertretung Burg/Höhscheid und Landesvorsitzender der AfD - Jugendorganisation in NRW.

### In bekannter Neonazi-Manier

Markus Kosta Maseck behauptet in sozialen Netzwerken, dass die Verurteilung der Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck nur deshalb möglich war, weil Deutschland eine Diktatur sei. Ähnlich wie die Reichsbürger lehnt er die Bundesrepublik ab. Stattdessen lässt er und seine Solinger AfD „stolz“ die Fahne in schwarz, weiß und rot wehen, was von republikfeindlichen, monarchistischen, militaristischen und rechtsradikalen Kreisen propagiert wird und sich zunehmend als allgemeines Kennzeichen nationalistischer und nationalsozialistischer Demokratieverächter erweist. Mit Vorliebe verbreitet Maseck auch Inhalte des rechtsextremen Netzwerkes, in dem folgender Beitrag zu finden ist: „Und vor allem sind es Schwerstverbrecher gegen das Deutsche Volk – denn mit solchen Holocaustlügen wie den hier dargelegten wird das Deutsche Volk seit über 70 Jahren irre gemacht, es wird in seiner Seele gemordet und es wird wehrlos gemacht gegenüber einem echten – an ihm begangenen Holocaust, der jetzt mit infernalischem Nachdruck seiner Endlösung entgegengetrieben wird: die Auslöschung des Deutschen Volkes und der anderen Völker Europas durch einen massen-invasiven, totalen Überfremdungskrieg!“ Auch bedient er sich einer aus den USA kommenden Plattform mit rechtsextremen, Holocaust verleugnenden Inhalten, namens „Mut zur Wahrheit-News“ (Beispiel: „Niemand kann auch nur in der Nähe einer 7000°C heißen Gaskammer überleben, aber den Juden machte die Temperatur offenbar nichts aus, denn sie starben nicht aufgrund der Hitze sondern an Cyanidvergiftung. Juden sind also hochgradig hitzebeständig.“). In bekannter Neonazi-Manier benutzt er auch gerne ein dubioses russisches Netzwerk, wahrscheinlich um einer möglichen Strafverfolgung zu entgehen, bzw. diese zu erschweren. Henrik Illing, ein emsiger Unterstützer von Markus Kosta Maseck, verbreitet am 05. Mai 2018 die Behauptung, dass in deutschen





Konzentrationslagern nicht mehr als 140 000 Juden gestorben seien, was von AfD-Vorstandsmitglied, Maseck, geteilt wird und betreibt damit Holocaustleugnung.

### „Hitlers Wohlfühl-Diktatur“

An der Verherrlichung der faschistischen Hitler-Diktatur mangelt es auf den Seiten von Markus Kosta Maseck ebenfalls nicht. Am 10. Mai postet Maseck: „Hitlers Volksstaat – Hitlers Wohlfühl-Diktatur“ und kommentiert diesen Eintrag aus dem MZW NEWS- Netz mit: „Interessant!“. Am 13. Juni postet er das Bild einer vollbusigen, blonden Frau, die vor Hakenkreuzen posiert und kommentiert: „Hübsch!“. Masecks Freund Henry Illing postet am 21. April, dass der 2. Weltkrieg gegen ein „freies Deutschland“, welches ein „Symbol für den Freiheitskampf gegen die NWO“ (Neue Weltordnung, meist antisemitisch gemeint – der Autor), „die Versklavung der Völker, Vernichtung der Rassen und Kulturen“, stattgefunden habe. Neben den historischen Hitler-Bildchen erfährt auf den AfD-Seiten ein neuer „Führer“ große Wertschätzung: Björn Höcke! Im Gegensatz zu seiner Aussage, dass wir Deutschen „das einzige Volk der Welt sind, welches sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat“, wird sein Hausverbot in der KZ-Gedenkstätte Buchenwald als „unfassbar geschmacklos“ bezeichnet, wobei angedeutet wird, dass dieses Verbot „mit Goldstücken“ erkaufte wurde. Wieder einmal wird hier mit einem versteckten Nazicode auf den jüdischen Einfluss der amerikanischen Ost-(Gold)-Küste angespielt. Die Solinger AfD'ler sind absolute Höcke-

### Facebook schaltet Solinger AfD-Seite ab

(FK) Kurz nachdem der Vorabdruck des tacheles-Artikels über die Radikalisierung der Solinger AfD über soziale Netzwerke verbreitet wurden, schaltete Facebook die Seite der Solinger AfD ab. In der Regel sperrt Facebook solche Seiten, wenn strafrechtlich relevante Inhalte oder verfassungsfeindliche Symbole oder Parolen verwendet wurden, bzw. Volksverhetzung vorliegen könnte.

Fans, welche auch mit dessen Aussage dass „im 21. Jahrhundert der lebensbejahende afrikanische Ausbreitungstyp auf den selbstverneinenden europäischen Platzhaltertyp trifft“ kein Problem haben.

Im Gegensatz zu den Verlautbarungen der Parteispitze, welche zumindest offiziell keine Zusammenarbeit mit den offen rassistischen und rechtsextremen Identitären befürwortet, gibt es auf der AfD-Homepage mehrere Links zur Identitären Bewegung, aus denen hervorgeht, dass diese von der Solinger AfD positiv bewertet und unterstützt wird.

### Brandanschlag „eine lohnende Investition“

Was den Solinger Brandanschlag von 1993 angeht knüpfen die AfD Freunde nahtlos an die alte rassistische Hetze und Verleumdung von damals an. Hier wird unterstellt, dass der Brandanschlag für die Familie Genc „eine lohnende Investition“ gewesen sei. Weiter wird, vom stellvertretenden Vorsitzenden der örtlichen AfD, Tobias Montag, die alte Lüge wieder aufgewärmt, dass Frau Genc Einkäufe nicht bezahlen würde, weil sie eben Frau Genc sei. Auch seien die Frauen und Mädchen im Hause u. a. auch deshalb verbrannt, weil die Männer sie immer eingeschlossen hätten. Laut Montag fänden die offiziellen Gedenkfeiern zu den Jahrestagen des Brandanschlages nur deshalb statt um von der „misslungene Integration in Deutschland“ sowie den

„Schandtaten von Seiten gewisser Migranten“ abzulenken. Ein Sascha Müller, bezeichnet in diesem Zusammenhang Muslime als Ziegen F...“ die „Deutschland ausbluten lassen“. Wem seine Meinung nicht passen würde, der sollte Deutschland verlassen. Zweifel am damaligen Gerichtsurteil zum Solinger Brandanschlag sind nachvollziehbar, aber zu unterstellen, dass die Familie Genc dies als „lohnende Investition“ selbst betrieben hat, ist eine ungeheuerliche, menschenverachtende Verleumdung dieser leidgeplagten Familie. Manche dieser rassistischen, antisemitischen, Nazi verherrlichenden, volksverhetzenden und zur Gewalt aufrufenden Statements wurden auf den Internetseiten der AfD nachträglich gelöscht. Von einigen wenigen Beiträgen haben sich die örtlichen Verantwortlichen der AfD, allerdings wenig glaubhaft, auch distanziert. Die meisten Einträge blieben jedoch unwidersprochen präsent und sogar als AfD-Position gekennzeichnet. Falls eine solche Partei wieder koalitions- bzw. mehrheitsfähig werden sollte, würden diejenigen Recht behalten, die behaupten, dass Deutschland wieder einmal aus seiner Geschichte Nichts gelernt hat. Und wer aus seiner Geschichte nicht lernt, der ist bekanntlich dazu verdammt sie zu wiederholen.

Frank Knoche

Alfred Dregger (NSDAP-Mitglied, später mehrere hohe Ämter in der CDU) wäre heute für die AfD einer ihrer Vordenker und wohl auch deren Mitglied. Gaulands „Vogelschiss“ baut auf Dreggers Gedanken auf: „Ich rufe alle Deutschen auf, aus dem Schatten Hitlers herauszutreten - wir müssen normal werden.“ Dregger betont, „daß wir eines der großen Kulturvölker dieser Erde sind - die Geschichte unseres Volkes hat nicht nur zwölf [= Vogelschiss], sie hat 1200 Jahre betragen.“ (Vgl. dazu Frankfurter Rundschau 26. Februar 1982)



AFD Solingen

@AFDSolingen

Startseite

Veranstaltungen

Beiträge

Info

Gruppen

Community

Videos

Fotos

Über diese Seite



# EVENTHALLEN-SPUK ÜBERSTANDEN - WAS KOMMT NUN?

Plädoyer für eine Nachhaltigkeitswende im Biotopverbund Ittertal

Ende September verkündete die Presse das Ende der Eventhalle auf dem Piepersberg. Gelegen habe es, so der Bergische Handball-Club (BHC), an den Privateigentümern der Grundstücke, auf denen die Halle gebaut werden sollte. Die wollten einfach nicht eingehen auf diverse Ankaufangebote, die der BHC offenbar gemeinsam mit den hochverschuldeten Städten Wuppertal und Solingen machte. Dabei standen im Haushaltsentwurf für 2019 doch 100.000 Euro „für den geplanten Ankauf landwirtschaftlicher Flächen im Rahmen des Baus der BHC-Halle. Sollten diese Flächen nicht ‘im Paket’ mit erworben werden, verkauft der Eigentümer auch nicht die für die Halle erforderlichen Flächen.“

Wir reiben uns die Augen. Hieß es nicht immer, dass Solingen das Projekt „Multi-Eventhalle“ zwar unterstützen, sich aber nicht in seine Finanzierung involvieren wolle? Hatte nicht im Ittertal-Gutachten als Empfehlung gestanden, nur die im Eigentum der Wirtschaftsförderung befindlichen Flächen mit Gewerbe zu bebauen? Wollte die Stadt hier also klammheimlich ihre möglichen, zu bebauenden Flächen vergrößern? Und hatte nicht gerade erst Stadtkämmerer Ralf Weeke die Notbremse gezogen und für den Rest des Jahres eine Haushaltssperre angeordnet? Gab es nicht erst kürzlich diverse Sparmaßnahmen zur Schuldenreduktion in Solingen, u.a. die gerade für ärmere Menschen sehr schmerzliche Kürzung des Busverkehrs? Hatte die Solinger CDU nicht gerade erst gefordert, dass ein ausgeglichener Stadthaushalt mit in die Liste der Solinger Nachhaltigkeitsziele aufgenommen werden müsse? Wie verträgt sich das mit dem Ankauf neuer Flächen?

„Das Projekt ‘Arena Bergisch Land’ war Ende 2013 unter Federführung des Bergischen HC und unter Begleitung ausgewiesener Experten aus den Bereichen Analyse, Architektur, Planung, Schallschutz und Verkehrsleitplanung aktiviert worden. Am 31. März 2014 wurde eine umfangreiche Machbarkeitsstudie ... der Öffentlichkeit vorgestellt“, erklärt der BHC. „Hinsichtlich Schallschutz und Verkehrsplanung lagen bereits Voruntersuchungen vor ...“

Wir wundern uns: Ungeklärte Eigentumsverhältnisse, Verkaufswille der Grundstückseigentümer nicht vorhanden, trotzdem wurden umfangreiche Expertisen in Auftrag gegeben? Trotzdem hat die Stadt fast fünf Jahre für dieses „Leuchtturmprojekt“ Arbeitskraft und Personalmittel ausgegeben? Und in ihrer Pressemeldung vom 28.9.18 ver-



Foto: Marion Zoubek Sommerfest der Bürgerinitiative Rettet das Ittertal

*Immer mehr Menschen ist ein sorgsamer Umgang mit der endlichen Ressource unseres fruchtbaren Bodens wichtig. Zum Sommerfest der „Bürgerinitiative Rettet das Ittertal“ im Naturfreundehaus Holzerbachtal im August kamen fast 200 Menschen, darunter auch Landwirte, Naturschützer und Vertreter anderer Bürgerinitiativen aus der Region.*

spricht sie, es immer noch weiter tun zu wollen!!!

Dies, obwohl eine Multi-Eventhalle so gut wie keine festen Arbeitsplätze erzeugt. Dies, obwohl einer, der neu baut, also viel investiert, diese Ausgaben über Jahre hinweg abschreiben kann, von einem Neubau-Projekt also kurz- und mittelfristig praktisch keine Steuereinnahmen für die Stadt zu erwarten sind. Dies, obwohl diverse Fachleute (Konzert- und Showexperten und u.A. Professorin Luise Bielzer, Fachgebiet Eventhallen-Management siehe ) die Kombination Handball und Multi-Eventhalle für ein wirtschaftlich kaum realisierbares Unternehmen hielten, da es schon genug Eventhallen in den Nachbarstädten gibt: u.a. ISS Dome und Mitsubishi Electric Halle in Düsseldorf, Grugahalle in Essen, Lanxess Arena in Köln. Und hatte mal jemand darüber nachgedacht, ob eine Multi-Eventhalle in Solingen nicht vielleicht dem Theater Konkurrenz macht, das Clemens-Galerien-Problem und die sterbende Innenstadt womöglich nun im Bereich der Kultur wiederholt worden wäre?

## Wenn das alte Denken der „Global Nachhaltigen Stadt“ im Wege steht

Apropos Nachhaltigkeit: Am 1.10.2018 fand mit erneut rund 160 Solinger Bürgern die 3. Solinger Nachhaltigkeitskonferenz statt. Unmittelbar vorangegangen war der einstimmige Beschluss aller im Solinger Rat vertretenen Politiker und Parteien, das Konzept „Solingen - eine global nachhaltige

Kommune in NRW“ anzunehmen und künftig umzusetzen.

Unter der Federführung der rührigen Nachhaltigkeitsbeauftragten Ariane Bischoff, deren Tätigkeit Oberbürgermeister Kurzbach bei seinem Amtsantritt 2015 zur Chefsache erklärte, hatte sich Solingen als eine von 15 Kommunen und Landkreisen in NRW auf den Weg gemacht, Visionen für das Jahr 2030 zu entwerfen.

Die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen sollen so lokal angewendet und mit ihnen eine „attraktive, verantwortungsvolle und zukunftsfähige Stadtentwicklung“ vorangetrieben werden. Solingen gehört zu den ersten sechs der 15 Pilotprojekt-Städte in Nordrhein-Westfalen, die dies bereits mit Ratsbeschluss besiegelt haben.

Und im Rahmen der Städtepartnerschaften mit dem senegalesischen Thiès und mit Jinotega in Nicaragua engagiert sich Solingen unter der Leitung von Sofia Thives-Kurenbach schon länger recht erfolgreich im Wissensaustausch zum Thema „Nachhaltige Infrastruktur“ und ganz konkret zum Beispiel auch in der Organisation von Wiederaufforstungsprojekten für Thiès. Solingen bekam dafür vom Bundesumweltministerium 2016 einen Nachhaltigkeitspreis.

In Thiès kann man live erleben, was es heißt, wenn eine Stadt ihr Grün zerstört hat, wie Starkregen dann ungeschützt die Siedlungen überschwemmen, wie die Menschen unter schattenloser Hitze leiden und wieviel Arbeit und Geld es kostet, wieder aufzuforsten. Und



nicht nur in Thiès kann man das beobachten. Auch deutsche Kommunen geben inzwischen viel Geld dafür aus, ihre Stadtränder erneut zu begrünen, die Stadtbelüftung wieder zu verbessern und Scherregen-Ereignissen vorzubeugen. Sie renaturieren vormals begradigte Flüsse, pflanzen Wälder und Parks.

Solingen besitzt noch viel Grün. Aber auch hier war der Schwund in den letzten Jahren besonders im Ittertal massiv. Und wenn die Pläne der Stadtoberen von Haan, Solingen und Wuppertal tatsächlich wie angedacht umgesetzt würden, dann soll es an den Rändern Solingens munter so weiter gehen: Von allen drei Städten gleichzeitig vorangetrieben, soll auf dem Weg von der A 46-Ausfahrt Haan-Ost ein Gewerbegebiet am anderen entstehen bis fast zum historischen Ortskern Gräfrath (siehe Luftbild). Auch jetzt noch, nachdem das „Leuchtturmprojekt Bergische Multi-Eventhalle“ für den Piepersberg aufgegeben wurde.

„Die Stadt Solingen wird nun prüfen, wie sie künftig ihre Flächen im Bereich Piepersberg-West entsprechend des Ittert-Gutachtens für gewerbliche Nutzungen entwickeln kann“, hieß es in der städtischen Pressemeldung vom 28.9.18. Dies, nachdem der östliche Teil des Piepersbergs inzwischen ausverkauft und in den letzten Jahren komplett mit Hallen bebaut wurde, das Ittert hier also schon massiv eingeeengt wurde. Dies, obwohl diverse Gewerbegebiete in Solingen brach liegen: Rassepe, Omega/Birkenweiher, Grossmann, der Walder Bahnhof, die alten Kronprinz Parkflächen ...

Er sei stolz auf die Beteiligung der Bürger, die auf den vorangegangenen Konferenzen an der Entwicklung des Nachhaltigkeitskonzepts mitgewirkt haben, betonte Oberbürgermeister Tim Kurzbach auf der 3. Konferenz im Bürgersaal am Fronhof. Seit seinem Amtsantritt habe er durch seine Nachhaltigkeitsbeauftragte einiges dazu gelernt und Vater sei er geworden. Wenn seine Söhne ihn später fragten, was er persönlich gegen Umweltzerstörung und Klimawandel getan habe, wolle er sagen können, dass man in seiner Amtszeit in Solingen begonnen habe, ressourcenschonend und nachhaltig zu handeln.

Dabei gab es ja schon eine Bürgerbeteiligung zum Thema Ittert: die Online-Plattform zu den geplanten Gewerbegebieten im Frühjahr 2015, damals noch unter Kurzbachs Vorgänger Norbert Feith und wie das zweifach erstellte Ittertalgutachten mit viel Steuergeld finanziert. Bei 20% Enthaltungen hatten sich 60% der an der online-Befragung Teilnehmenden gegen eine Entwicklung der geplanten vier Gewerbegebiete Fürkeltrath, Piepersberg-West, Buschfeld und Keusenhof und ausdrücklich für den Erhalt des Ittertals als Naherholungsgebiet ausgesprochen. Ein deutliches Plädoyer der Solinger für die

Schonung der Ressource Natur in ihrer Stadt, schon 2015, lang bevor der Rat der Stadt sich nun einstimmig der Nachhaltigkeit verpflichtet hat.

### Werden die Nachhaltigkeitsziele wirklich umgesetzt?

Bei der 3. Nachhaltigkeitskonferenz sollten konkreter Projekte gestartet werden. Im Themenfeld 'Umwelt und natürliche Ressourcen' gab es zwei Workshops: der künftige Umgang mit klimawandelbedingten Starkregenereignissen und die dringend nötige Rettung der Insekten, die nicht nur in ihrer Anzahl, auch in ihrer Vielfalt rapide zurückgegangen sind, mit allen Folgen, die das für die Vogelwelt und die Landwirtschaft hat.

In beiden Workshops wurden der Erhalt und sogar die Ausweitung des Biotopverbundes Ittert als Lösungsansätze für die genannten Probleme diskutiert. Es gab Vorschläge, die Itter, die die Stadt Düsseldorf im Mündungsbereich bereits renaturieren lässt, auch im Quellbereich, wo sie vor Jahren in Röhren unter die Erde gezwungen wurde, ebenfalls wieder zu renaturieren und aufzufen. Auenlandschaften und Wälder sind schließlich problemlos in der Lage, Starkregen aufzufangen und zu speichern. Und in Auenlandschaften, Wäldern und auf Streuobstwiesen finden auch Insekten Nahrung und Schutz. In solchen Landschaften findet auch der Mensch Erholung und die Stadt die Attraktivität, die sie braucht, um Menschen und Firmen anziehen zu können, die den brach liegenden Gewerbeflächen eventuell ein neues Leben einhauchen könnten.

Cordula Röthig, die ihr grünes Land auf dem Piepersberg am Ende doch nicht für die Multifunktionshalle aufgeben wollte, erhielt jedenfalls für ihre Entscheidung vielfältige Danksagungen von Gräfrather Bürgern. Für den Reiterhof hätten gleich schon neue potentielle Pächter angefragt. Auch Gräfraths Bezirksbürgermeister Udo Vogtländer zeigte sich auf der Nachhaltigkeitskonferenz erleichtert, dass Gräfraths Natur nun auch den Multi-Eventhallen-Spuk unbeschadet überstanden hat.

Nach schon diversen Spuks: Zunächst sollte der Piepersberg Müllkippe werden, dann wurde über eine 15 m hohe, Gefahrenstoffe verarbeitende Galvanisierungsanlage auf Fürkeltrath 1 direkt neben Wohngebieten nachgedacht. Dann über einen Hubschrauberflughafen an der Korkenziehertrasse direkt neben der historischen Gräfrather Altstadt.

Und was am Ende dann nicht verhindert werden konnte, ist Zumutung genug: Ein Spielcasino, ein Krematorium und ein großes Tiefkühlager mit lärmenden LKW und Kühlaggregaten Tag und Nacht. Und auf Haaner Seite des Ittertals: McDonald's,

Burger King und Kentucky Fried Chicken, die mit ihren Lichtwerbungen an Masten über das Ittertal hinweg bis nach Solingen Wald strahlen. Wann hört diese Verschandelung der Landschaft um das historische Gräfrath endlich auf? Wie will Solingen mit solch einer Ansiedlungspolitik seine touristische Attraktivität weiterentwickeln? Oder seine Anziehungskraft als Stadt zum Leben für die Menschen, die in der Rheinschiene arbeiten?

Wenn zugunsten einer Eventhalle auf Gewerbe auf dem Piepersberg-West verzichtet werden konnte, wenn das alte Rassepe-Gelände nun aufbereitet wird und neue Technologien anziehen soll, wieso wird Piepersberg-West dann jetzt schon wieder für Gewerbeansiedlungen benötigt?

In Solingens Nachhaltigkeitsstrategie steht im Themenbereich „Natürliche Ressourcen und Umwelt“ als Ziel 2 für 2030 u.a.: „Ein hoher Anteil der Menschen in Solingen lebt umweltbewusst und kauft Produkte 'aus der Region für die Region'. Auch öffentliche Flächen werden für die nachhaltige Versorgung der Solinger Bevölkerung mit regionalen Erzeugnissen genutzt.“

Der Boden auf Piepersberg-West ist äußerst fruchtbar. Bauer Meinsma sagte auf einer der Bürger-Diskussionen zum Ittert, dieser Boden sei so fruchtbar, man könne ihn als Dünger für andere Felder einsetzen. Gleiches gilt für Fürkeltrath. Hier wächst aktuell das Getreide, das die Bäuerin Nau anbaut und das die ebenfalls mit Nachhaltigkeitspreis ausgezeichnete Bäckerei Schüren für unsere Brötchen braucht, womit sie sogar Werbung macht: ihr Mehl stamme aus biologischem Anbau von Fürkeltrath!

Land-Wirtschaft ist auch Wirtschaft und zwar eine deutlich nachhaltigere als jedes andere produzierende Gewerbe, betonte der in Vohwinkel angesiedelte Bauer Bröcker vom Gut zur Linden auf einer der Diskussionen, die die Bürgerinitiative „Rettet das Ittert!“ zum Thema veranstaltete. Die Firma Rassepe etwa habe von 1827 bis 2009 nicht einmal 200 Jahre funktioniert. Nun muss der Boden, den sie in dieser Zeit stark verunreinigt hat, teuer dekontaminiert, ausgetauscht und wieder aufbereitet werden, um das Gebiet einer neuen Gewerbenutzung überhaupt erst zuführen zu können. Bauer Bröcker dagegen ist auf seinen Feldern schon in der 17. Generation, also mehr als doppelt so lang tätig. Hier brauchte es in all dieser Zeit keine teure Wiederaufbereitung, die die Bürger mit ihren Steuergeldern bezahlen mussten. „Und hier wird es auch zukünftig keine brauchen“, versichert Bröcker.

In der Solinger Nachhaltigkeitsstrategie steht im Themenbereich „Natürliche Ressourcen und Umwelt“ unter der Zielbeschreibung 1.2:



Foto: Solingen-von-oben.de / Montage: Bürgerinitiative Rettet das Ittertal

Das Luftbild zeigt, wie das obere Ittertal bei Umsetzung aller Planungen immer stärker zugebaut wird. Einzig die schraffierte Fläche zwischen Piepersberg-Ost (P-O) und Piepersberg-West (P-W) soll als Korridor zwischen den Großbiotopen Ittertal und Tal der Wupper/Burgholz verbleiben.

Die Stadt Haan hat die Backesheide an einen Investor verkauft, der dort eine LKW-Reparatur-Werkstätte einrichten will. Blühende Rapsfelder oder Pflanzungen von Selders, denen man beim Wachsen zuschauen konnte, werden dort bald Vergangenheit sein, weil sie grauen Hallen weichen sollen.

Die Stadt Wuppertal will das Waldgebiet des alten Trinkwasserspeichers rund um das bergische Krematorium, das alte Postverteilzentrum und das Einkaufszentrum mit Aldi und früher Kaisers in ein Gewerbegebiet verwandeln und dafür den an der Autobahn vorhandenen Waldstreifen, der sowohl Geräusche als auch die Luft filtert, roden. Und jenseits der Autobahn soll im sogenannten „Poleneck“ die Wohnbebauung erweitert werden.

Und obwohl Fürkeltrath 1 (F-1), das seit 2001 als Gewerbegebiet mit Straße, Kanal und Starkstromleitung auch für produzierendes Gewerbe mit viel Steuergeld vorbereitet wurde, sich bislang nur zum Teil vermarkten ließ, will Solingen nun auch noch neben der Backesheide Fürkeltrath 2 (F-2) entwickeln. Dies, obwohl das Gebiet extrem hügelig ist, also nur teuer und mit großen Erdumschichtungen bebaubar. All dies, obwohl laut letztem bekannt gegebenem Stand insgesamt 77ha in der Stadt brach liegen.

„Auf Grundlage eines bis 2023 zu erstellen- den gesamtstädtischen Grün- und Freiflächenkonzeptes ... führt die Stadt Solingen bis 2030 ein nachhaltiges, bodenschonendes Flächenmanagement in der Stadtentwicklung durch, um innerstädtische Grünflächen und Naturräume auf dem Stand von 2017 zur erhalten und nach Möglichkeit auszuweiten (Biotopvernetzung).“ Ziel 3 beschreibt u.a.: „Die Solinger Bach- und Flusstäler bilden eine bedeutende Grundstruktur des Biotopverbundes, die erhalten und – wenn möglich – erweitert wird.“

Es gab schon einen Wegweiser für den Umgang mit Solingens Natur aus dem Jahr 2004, in dem Fürkeltrath und Piepersberg explizit unter „Pfleger von naturnahen Biotopen“

erwähnt sind: Den Landschaftsplan der Stadt Solingen, Ratsbeschluss 2004, unterzeichnet vom damaligen Oberbürgermeister Haug und seinem Beigeordneten Hoferichter, genehmigt durch die Bezirksregierung Düsseldorf. Darin hat sich die Stadt Solingen selbst auferlegt, die Landschaft an der Korkenziehertrasse zu erhalten, zu pflegen und auszubauen. Doch stattdessen wurde in Fürkeltrath 1 ein Gewerbegebiet vorbereitet, Piepersberg-Ost bebaut und über alle weiteren Flächen jahrelang fabuliert.

Ariane Bischoff und Tim Kurzbach verkündeten auf der Nachhaltigkeitskonferenz jetzt einen großen Neuanfang. Die Grünen fordern nun erneut und wie schon immer die Erhaltung und Aufwertung des Grüngürtels

Ittertal, die Freie Bürger-Union macht sich für die Nutzung vorhandener Brachen und die Aufstockung existierender Gebäude stark.

So hoffen wir denn weiter, dass den vielen Worten und Texten endlich Taten folgen mögen, dass die Natur und die Bauern im Ittertal nach allen Gewerbe Diskussionen am Ende überleben werden, vielleicht ja ähnlich wie der Hambacher Forst, dessen Rettung nach dem überhitzten Sommer 2018 zuletzt für über 50.000 Demonstranten zum Symbol für dringend nötiges Umdenken wurde. Das Ittertal könnte ein solches Symbol für Solingen werden.

Renate Bernhard und Richard Zirschke



## DIE MACHT IM SCHATTEN

Geheimdienste untergraben jene Demokratie, die sie zu schützen vorgeben.

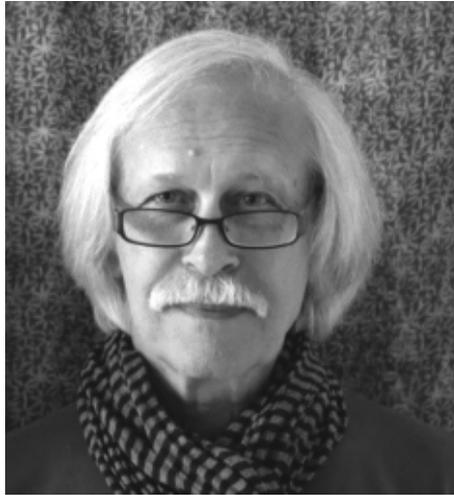
**Rede von Dr. Rolf Gössner während der Gedenkveranstaltung am 23. Mai 2018 in Solingen:**

„Überfremdung“, „Ausländerkriminalität“, „Obergrenze“. Rechte treiben das Land mit ihren Parolen vor sich her. Wenigstens fremdenfeindliche Straftaten, sollte man meinen, hat unser „Sicherheitsstaat“ im Griff. Geheimdienste mit ihren V-Leuten könnten zur Aufklärung und Prävention beitragen. Tatsächlich jedoch haben sich die Dienste zu einer unkontrollierbaren Krake entwickelt, die zur Gefahr für Demokratie und Bürgerrechte geworden ist. Wer schützt uns vor unseren vermeintlichen Beschützern? Rede anlässlich des 25. Jahrestags des Solinger Brandanschlags am 29. Mai 2018 im Theater- und Konzerthaus Solingen.

Wir gedenken heute der Opfer eines der schwersten Verbrechen in der Geschichte der Republik: des Solinger Brand- und Mordanschlags vom 29. Mai 1993, bei dem fünf junge Angehörige der Familie Genç ums Leben kamen. Nur drei Tage vor dem rassistisch motivierten Anschlag hatte – nach einer verantwortungslosen Debatte um „Asylantenflut“ und „Überfremdung“ – eine große Koalition aus CDU, FDP und SPD das Grundrecht auf Asyl demontiert. „Erst stirbt das Recht – dann sterben Menschen“. Klarer kann man den Zusammenhang dieser beiden Ereignisse kaum formulieren, wie er seinerzeit auf einer Mauer entlang der Unteren Wernerstraße nahe des Anschlagorts zu lesen war.

Auf diesen Zusammenhang hatte ich bereits in meiner Rede anlässlich des Gedenkens zum 20. Jahrestag vor fünf Jahren hier in Solingen aufmerksam gemacht. Derzeit befinden wir uns wieder in einer äußerst prekären Phase, in der eine rechtspopulistische Debatte bis hinein in die Mitte der Gesellschaft stattfindet – eine Debatte um Überfremdung, Asylmissbrauch und kriminelle Ausländer, um Asyl- und Abschiebezentren und beschleunigte Abschiebungen. Es ist eine unheilvolle Angstdebatte, die von Seiten der Politik, insbesondere von CSU-„Heimatschutzminister“ Horst Seehofer und anderen, befeuert wird und die geeignet ist, die Situation hierzulande gefährlich aufzuheizen.

Seit 2015 ist angesichts der zu Hunderttausenden in die Bundesrepublik geflüchteten Menschen zwar viel von „Wir schaffen das“ und von „Willkommenskultur“ die Rede, die in der Tat auch in weiten Teilen der Republik anzutreffen ist und die die allermeisten Betroffenen zu schätzen wissen. Doch diese weitgehend zivilgesellschaftliche Unterstützungsbearbeitung wird zunehmend begleitet und konterkariert – zum einen von einem weiter verschärften Ausländer- und Asylrecht nach dem Motto: „Grenzen dicht, sichere Her-



kunftsländer küren, massenhaft schneller abschieben“, zum anderen von alltäglicher rassistischer Hetze, Ausgrenzung und Gewalt. Dies ist eine besorgniserregende Entwicklung, die trotz ihrer blutigen Bilanz gegenüber der so medienwirksamen und angstbesetzten islamistischen Terrorgefahr mehr und mehr aus dem öffentlichen Blick gerät.

Doch die Terrorangriffe gegen Migranten, Asylbewerber und andere Geflüchtete gehen weiter und die Täter sind mitten unter uns. Immer wieder brennen Flüchtlingsheime; die rassistischen Übergriffe auf Geflüchtete, ehrenamtliche Helfer, auch auf Moscheen reißen nicht ab – und die Angriffe kommen mehr und mehr aus der Mitte einer nach rechts driftenden und sozial gespaltenen Gesellschaft: 2015 kam es zu fast 1.500 einschlägigen Gewalttaten, darunter über 1.000 Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte – das sind fünfmal mehr als 2014. 2016 kam es nach Angaben der Bundesregierung zu mehr als 3.500 Übergriffen auf Flüchtlingsheime sowie auf Geflüchtete – also zu fast zehn pro Tag. 2017 waren es noch über 1.500 Übergriffe. Das heißt: Menschen, die Schutz vor Verfolgung, Ausbeutung und Tod suchen, müssen hierzulande um Leib und Leben fürchten.

In der Bundesrepublik sind allein seit 1990 fast 200 Menschen von rassistisch und fremdenfeindlich eingestellten Tätern umgebracht worden. Der Mordanschlag von Solingen war der vorläufige „Höhepunkt“ – besser: Tiefpunkt – einer Serie weiterer fremdenfeindlicher Attentate: Hoyerswerda, Hünxe, Rostock, Quedlinburg, Cottbus, Lübeck und Mölln sind zu traurigen Fanalen geworden für diesen gewalttätigen, menschenverachtenden Rassismus. Nach den NSU-Morden mussten wir zehn und nach dem Münchener Amoklauf vom Juli 2016 neun weitere Tote hinzurechnen. Wir müssen also konstatieren: Nach dem Solinger Brandanschlag ist hierzulande nicht etwa Besinnung eingekehrt, sondern viel

### Rolf Gössner,

Jahrgang 1948, ist Rechtsanwalt, Publizist, Kuratoriumsmitglied der Internationalen Liga für Menschenrechte, Mitherausgeber des jährlich erscheinenden Grundrechte-Reports und der Zweiwochenschrift Oszietzky sowie Mitglied der Jury zur Verleihung des Negativpreises BigBrotherAward. Er wurde mit der Theodor-Heuss-Medaille, dem Kölner Karlspreis für engagierte Publizistik und dem Bremer Kultur- und Friedenspreis ausgezeichnet. Zuletzt erschien von ihm „Mutige Lebensretter und Aufklärer in Zeiten von Flucht und Abschottung“. Weitere Informationen unter [www.rolf-goessner.de](http://www.rolf-goessner.de).

Entsetzliches passiert.

Dabei haben uns die langjährige Nichtaufklärung der NSU-Mordserie sowie die Ausblendung ihres rassistischen Hintergrunds drastisch vor Augen geführt, dass „Verfassungsschutz“ und Polizei im Bereich „Rechtsextremismus / Neonazismus“ grandios versagt haben, was vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte besonders schockierend ist. Das waren nicht nur Pannen und Unfähigkeit, wie gerne kolportiert.

Nein, da waren ideologische Scheuklappen und struktureller Rassismus im Spiel, die zu Ignoranz und systematischer Verharmlosung des Nazispektrums führten und damit zu einem beispiellosen Staatsversagen – begünstigt übrigens auch durch eine jahrzehntelang einseitig gegen sogenannten Linksextremismus, Ausländerextremismus und Islamismus ausgerichtete „Sicherheitspolitik“.

Hier werden bekanntlich alle Register gezogen, die den Sicherheitsbehörden zur Verfügung stehen und die im Zuge eines exzessiven „Antiterrorkampfes“, besonders nach 9/11, erheblich verschärft und ausgeweitet wurden.

Lassen Sie mich – einem Wunsch der Organisatoren dieser Gedenkveranstaltung folgend – noch auf ein besonders brisantes Problem eingehen: Es geht um die verhängnisvolle Rolle des Inlandsgeheimdienstes „Verfassungsschutz“ und sein V-Leute-System, das sich als unkontrollierbar und erhebliches Gefahrenpotential für Demokratie, Bürgerrechte und Rechtsstaat herausgestellt hat. Im Laufe der 1990er Jahre ist in Neonazi-Szenen und -Parteien ein regelrechtes Netzwerk aus V-Leuten, verdeckten Ermittlern und Lockspitzeln entstanden, das den Kabarettisten Jürgen Becker zu dem bösen Scherz verleitet: Bei Nazi-Aufmärschen sei er sich oft nicht mehr ganz so sicher, ob es sich um echte Nazis handelt oder um einen „Betriebsausflug des Verfassungsschutzes“. In dieser kabaret-

tistischen Überspitzung liegt ein wahrer Kern. Dabei muss man sich vergegenwärtigen, dass in Neonaziszenen rekrutierte V-Leute nicht etwa „Agenten“ des demokratischen Rechtsstaates sind, sondern staatlich alimentierte Nazi-Aktivistinnen – also meist gnadenlose Rassisten und Gewalttäter, über die sich der Verfassungsschutz heillos in kriminelle Machenschaften verstrickt. Brandstiftung, Körperverletzung, Totschlag, Mordaufrufe, Waffenhandel, Gründung terroristischer Vereinigungen – das sind nur einige der Straftaten, die V-Leute im und zum Schutz ihrer Tarnung begehen.

Erinnert sei etwa an den V-Mann Lepzien, der in den 80er Jahren als Sprengstoff-Lieferant für die Nazi-Szene tätig war und dafür auch verurteilt, allerdings recht bald begnadigt wurde. Erinnert sei gerade hier in Solingen an den V-Mann Bernd Schmitt, dessen Kampfsportverein „Hak Pao“ Treffpunkt und Trainingscenter der militanten Neonazi-Szene in Solingen war; aus diesem Kreis stammten drei jener jungen Männer, die für den Solinger Brandanschlag verurteilt wurden. Aus heutiger Sicht stellt sich diese Kampfsportschule als Gemeinschaftsprojekt des Verfassungsschutzes und seines V-Manns dar – als braune Kontaktbörse unter den Augen des Geheimdienstes, als Schulungszentrum für die Nazi-Szene, in dem gewaltbereite Neonazis zusammen mit Orientierung suchenden Jugendlichen zum Nahkampf ausgebildet worden sind.

Da versuchen Sozialarbeiter, junge Menschen mühsam aus der rechten Szene herauszubringen – und hier gab ein Geheimdienst Steuergelder für einen V-Mann aus, der exakt das Gegenteil betrieben hat.

Im Fall des Nichtermittlungsskandals rund um die NSU-Mordserie waren Geheimdienste mit Dutzenden V-Leuten – etwa Tino Brandt, alias „Otto“ – auch in dem Neonazi-Sammelbecken „Thüringer Heimatschutz“ aktiv, in dem die späteren mutmaßlichen Mörder organisiert waren und aus dem heraus sich der NSU und sein Unterstützerumfeld unter den Augen der Geheimdienste entwickeln konnten. Der „Verfassungsschutz“, wie wir inzwischen wissen, war mit vielen seiner bezahlten und hochkriminellen V-Leute hautnah dran an den späteren mutmaßlichen Mördern, ihren Kontaktpersonen und Unterstützern; sie mordeten quasi unter staatlicher Aufsicht.

Trotzdem – oder muss man sagen: deswegen? – wollen die Inlandsgeheimdienste so gut wie

nichts mitbekommen haben, haben sie die NSU-Mordserie über lange Jahre hinweg weder verhindert noch zu ihrer Aufdeckung beitragen können oder wollen. Diese Mordserie hätte, so viel ist inzwischen klar geworden, wohl verhindert werden können, wenn der Verfassungsschutz seine strafrechtsrelevanten Erkenntnisse über die Untergetauchten und ihre Unterstützer rechtzeitig an die Polizei weitergegeben hätte, wozu er gesetzlich verpflichtet war.

Auf der Anklagebank des Oberlandesgerichts München müssten jedenfalls weit mehr Angeklagte sitzen als Zschäpe, Wohlleben & Co.: Hier fehlen die involvierten V-Leute, ihre V-Mann-Führer und alle für Versagen, Unterlassungen und Vertuschen Verantwortlichen aus „Verfassungsschutz“, Polizei und Sicherheitspolitik.

Das Erschreckendste, was ich bei meinen Recherchen zu meinem Buch „Geheime Informanten. V-Leute des Verfassungsschutzes: Neonazis im Dienst des Staates“ (1) selbst erfahren musste, ist, dass der „Verfassungsschutz“ seine kriminellen V-Leute regelrecht deckt und systematisch gegen polizeiliche und justizielle Ermittlungen abschirmt, um sie vor Enttarnung zu schützen und weiter abschöpfen zu können – anstatt sie unverzüglich abzuschalten. So war es auch im Umfeld des NSU: Auch hier hat er Fahndungsmaßnahmen torpediert, Akten und Beweise vernichtet, seinen braunen V-Leuten polizeiliche Observations verraten oder Kontaktpersonen vor polizeilichen Abhöraktionen gewarnt. Das ist strafbare Strafvereitelung im Amt, psychische Unterstützung und Beihilfe zu Straftaten – doch die Verantwortlichen sind dafür nie zur Rechenschaft gezogen worden, selbst wenn Unbeteiligte schwer geschädigt wurden.

Seit Aufdeckung der NSU-Mordserie sind die „Verfassungsschutzbehörden“ mit geradezu krimineller Energie damit beschäftigt, die Spuren ihres Versagens, ihrer ideologischen Verblendung und Verflechtungen in das NSU-Umfeld zu verdunkeln und zu vernichten. Auch die Behinderungen der polizeilichen Ermittlungen im Fall des V-Mann-Führers Andreas Temme, alias „Klein-Adolf“, der am Tatort eines NSU-Mordes anwesend war, sind symptomatisch für diese systematische Abschottung.

### Zusammenfassend kann man sagen:

Der „Verfassungsschutz“ hat nicht nur im NSU-Komplex, sondern insgesamt Neonaziszenen und -Parteien über seine bezahlten Spitzel mitfinanziert, rassistisch geprägt, gegen polizeiliche Ermittlungen geschützt und gestärkt, anstatt sie zu schwächen.

Über sein kriminelles und unkontrollierbares V-Leute-System verstrickt er sich heillos in kriminelle und mörderische Machenschaften der Naziszenen. Auf diese Weise, so mein Fazit, ist er selbst integraler Bestandteil des Neonazi-Problems geworden, jedenfalls konnte er kaum etwas zu dessen Lösung oder Bekämpfung beitragen. Denn trotz der hohen Zahl an V-Leuten im Nazi-Spektrum haben sich die Erkenntnisse des „Verfassungsschutzes“ kaum gesteigert, jedenfalls hat er als „Frühwarnsystem“, das er sein soll, insgesamt system- und ideologiebedingt versagt.

Doch ausgerechnet solche skandalträchtigen und letztlich demokratiewidrigen Geheiminstitutionen erhalten im Zuge des Antiterrorkampfes wieder unverdienten Auftrieb. Statt ernsthafte Konsequenzen aus ihren skandalreichen Karrieren und Desastern zu ziehen, wird der „Verfassungsschutz“ – geschichtsvergessen – weiter aufgerüstet und massenüberwachungstauglicher gemacht – anstatt die Bevölkerung endlich wirksam vor seinen Machenschaften zu schützen. Ja, er darf sich inzwischen sogar ganz legal krimineller V-Leute bedienen und diese gegen Ermittlungen der Polizei abschirmen – ein rechtsstaatswidriger Freibrief für kriminelles Handeln in staatlicher Mission. So unglaublich es klingen mag: Bisherige Skandale und illegale Praktiken werden praktisch legalisiert – und damit die obszönen Verflechtungen des VS in gewalttätige Naziszenen.

Und all dies, obwohl Geheimdienste ohnehin Fremdkörper sind in der Demokratie. Warum? Weil diese Institutionen, die Verfassung und Demokratie eigentlich schützen sollen, selbst demokratischen Prinzipien der Transparenz und Kontrollierbarkeit widersprechen. Die reguläre parlamentarische Kontrolle geheimdienstlicher Arbeit erfolgt ihrerseits geheim, also wenig demokratisch; und Gerichtsprozesse, in denen etwa V-Leute eine Rolle spielen, werden tendenziell zu Geheimverfahren, in denen Akten geschreddert, manipuliert und geschwärzt sowie Zeugen ganz oder teilweise gesperrt werden. Dieses Verdunkelungssystem frisst sich weit hinein in Justiz und Parlamente, die Geheimdienste kontrollieren sollen – und meist daran scheitern.

Deshalb neigen Geheimdienste auch in Demokratien zu Verselbständigung und Machtmissbrauch, wie ihre Geschichte eindrucksvoll belegt.

Wer solche Geheimdienste weiter aufrüstet, statt sie rechtsstaatlich wirksam zu zügeln, schädigt Demokratie, Bürgerrechte und Rechtsstaatlichkeit.

Letztlich wird sich nur dann etwas grundle-



Gruppentreffen finden in der Regel jeden 1. Mittwoch im Monat um 19:30 Uhr statt bei der Lebenshilfe im Südpark, Alexander-Coppel-Str. 19-21

Eingang zum Portugiesischen Zentrum, Seminarraum 1. Etage



gend ändern, wenn die Verfassungsschutzbehörden als Geheimdienste aufgelöst, ihnen die Lizenz zur Gesinnungskontrolle, zum Führen von V-Leuten und zum Infiltrieren von politischen Szenen und Gruppen grundsätzlich versagt werden. Dieser Forderung namhafter Bürgerrechtsorganisationen steht nicht etwa das Grundgesetz entgegen und auch keine Landesverfassung. Denn danach muss der Verfassungsschutz keineswegs Geheimdienst sein.

Und wir fordern darüber hinaus eine rückhaltlose Aufklärung und konsequente Ahndung aller Neonazi-Verbrechen und aller staatlichen Verstrickungen in gewaltbereite Neonazi-Szenen. Wir fordern ernsthafte Anstrengungen gegen strukturellen und institutionellen Rassismus in Staat und Gesellschaft, eine humane Asyl- und Migrationspolitik, unabhängige Stellen zur Kontrolle der Polizei, die Stärkung zivilgesellschaftlicher Projekte gegen Rechts und bessere Unterstützung von Opfern rechter Gewalt und von deren Angehörigen.

Und nicht zuletzt: Auch nach der bevorstehenden Urteilsverkündung im NSU-Prozess vor dem Oberlandesgericht München darf es keinen Schlussstrich unter Aufarbeitung und Aufklärung des NSU-Komplexes geben. Denn es ist noch allzu viel im Dunkeln.

**Beiträge während der Gedenkveranstaltung am 23. Mai 2018 in Solingen, an der über 300 Menschen teilgenommen haben:**

- Ali Dogan vom Türkischen Volksverein
- Dietmar Gaida vom Solinger Appell
- Ibrahim Arslan, Opfer und Überlebender des rassistischen Brandanschlags vom 23.11.1992 in Mölln
- Mitat Özdemir, Geschäftsmann auf der

Keupstraße, Initiative „Keupstraße ist überall“

- Dr. Rolf Gössner, Rechtsanwalt, Kuratoriumsmitglied der Internationalen Liga für Menschenrechte
- Dogan Akhanli, Autor
- Ismail Kaya, Vater von zwei bei einem Massaker während eines alevitischen Kulturfestes in Sivas von Islamisten und Faschisten ermordeten Kindern
- Moderation und Schlusswort: Berivan Aymaz, MdL NRW
- Musik: Uli Klan und Asli Dila Kaya

#### Quellen und Anmerkungen:

- (1) Gössner, Geheime Informanten. V-Leute des Verfassungsschutzes: Neonazis im Dienst des Staates, München 2003; akt. Neuauflage als e-book 2012 bei Knauer-Verlag, München. Download-Direktlink: [www.droemer-knaur.de/ebooks/7781709/geheime-informanten](http://www.droemer-knaur.de/ebooks/7781709/geheime-informanten)
- Gössner, Menschenrechte in Zeiten des Terrors. Kollateralschäden an der „Heimatfront“, Hamburg 2007.
  - Gössner/Schuhler: Terror – wo er herrührt, wozu er missbraucht wird, wie er zu überwinden ist, isw-spezial 29, München, Dez. 2016 ([www.isw-muenchen.de](http://www.isw-muenchen.de)).
  - Gössner (Hrsg.), Mutige Lebensretter und Aufklärer in Zeiten von Flucht und Abschottung. Carl-von-Ossietzky-Medailen an SOS Méditerranée und Kai Wiedenhöfer, Ossietzky Verlag GmbH, Dähre 2017.

#### CDU, FDP und AfD bleiben die letzten Hartz-IV-Parteien

(FK) Grüne und SPD verabschieden sich von Hartz IV. Führende CDU-, FDP- und AfD-PolitikerInnen wollen im Prinzip an der Agenda 2010 festhalten. Die Hartz-Gesetze wären erfolgreich gewesen und ohne Sanktionen ginge es nicht, heißt es im bürgerlichen Lager unisono. Auch bei Grünen und SPD unterscheidet sich die Haltung zu den Blair/Schröder-Reformen. Während Grünen-Fraktionsvorsitzender Anton Hofreiter und der sozialpolitische Sprecher der Grünen, Sven Lehmann, selbstkritisch eingestehen, dass auch damals die Zustimmung zu Hartz IV ein Fehler war, geht SPD-Chefin Andrea Nahles davon aus, dass Hartz IV damals richtig, nur heute falsch gewesen sei. Ob aus einer solch inkonsequenten Analyse ein wirklicher Arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Paradikmenwechsel resultiert, bleibt abzuwarten.



**tacheles-Jahresabo**  
**Ein Jahr für 13 € frei Haus**  
**Unterstützungs-Abo 20 €**  
**frei Haus**

Bankverbindung  
Bürgerinitiativenbüro e.V  
IBAN: DE31330605920005464641  
Stichwort „tacheles-Abo“

## CANNABIS ALS MEDIZIN – TEIL 3

**Hürden - Verunsicherung – Lieferengpässe!**

**Die Anzahl der Cannabis-Verordnungen auf Rezept ist mittlerweile stark angestiegen - der Lieferengpass in den Apotheken bleibt jedoch auch absehbar weiterhin bestehen.**

Seit dem 10. März 2017 dürfen Ärzte in Deutschland endlich Cannabis auf Rezept für Schwerkranke verordnen. Die Krankenkassen sind seitdem für die Kostenübernahme zuständig. In Folge ist die Anzahl der Cannabis-Verordnungen auf Rezept sprunghaft angestiegen.

Die Genehmigungsquote der Krankenkassen ist mittlerweile von 50 % (Ende 2017) auf etwa 60 % (März 2018) gestiegen. Ärzte und Kostenträger scheinen mehr Erfahrung mit dem Genehmigungsprozess gesammelt zu haben.

Seit der Gesetzesänderung haben die Apotheken innerhalb eines Jahres 43.516 Verordnungen auf Kosten der gesetzlichen Krankenkassen auf Rezept ausgegeben. An der angespannten Liefersituation hat sich seitdem jedoch nichts geändert.

Bevor das Gesetz am 10. März 2017 in Kraft trat, gab es nur etwa 1.000 Patienten mit einer



Ausnahmegenehmigung, die Cannabis verordnet bekamen.

Zurzeit wird der Bedarf immer noch durch Importe aus Kanada und den Niederlanden gedeckt. Mit der Legalisierung von Cannabis in Kanada wird jedoch der Export von dort nach Deutschland erwartungsgemäß stark zurückgehen, denn es ist weitaus einfacher und unbürokratischer für kanadische Produzenten, den heimischen Markt für erwachsene Freizeit-User zu bedienen, als sich mit langwierigen Ex- und Importgenehmigungspro-

zessen herumzuschlagen.

Auch die Verhandlungen mit anderen Einfuhrländern, wie Israel und Australien, verzögern sich weiter.

Die Anbaubedingungen innerhalb Deutschlands sind weiter ungeklärt:

Vor 2020 ist mit Deutscher Ernte nicht zu rechnen!

Zur Verbesserung der Versorgungssituation sollte bereits ab 2019 Medizinalhanf auch in Deutschland angebaut werden können. Da das BfArM (Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte) das dafür notwendige Ausschreibungsverfahren stoppen musste, ist mit einer Ernte vor 2020 jedoch nicht zu rechnen.

Damit wird sich der Lieferengpass eher verstärken als normalisieren.

Was wäre wenn wegen Lieferengpässen nicht genug Insulin-Präparate, Blutdrucksenker oder andere lebensnotwendige Medikamente zur Verfügung stünden?

**Fazit: Es hakt also noch an vielen Ecken und Enden bei der medizinischen Versorgung mit Cannabis!**

*Birgit Correns*

### Veranstaltungshinweis:

9. März 14:00 Uhr, Rathaus an der Konrad-Adenauer-Straße: Mahngang anlässlich der Deportation der Solinger Sinti

### „Solingen gehört uns!“

Unsere überparteiliche Bürgerinitiative „Solingen gehört uns!“ setzt sich für den Erhalt und die Förderung öffentlicher Daseinsvorsorge ein. Dazu gehören der Erhalt unseres kommunalen Klinikums sowie Verbesserungen beim öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) statt Fahrplan-Kürzungen.

Seit der Gründung Anfang 2007 stellen wir uns gegen jede weitere Privatisierung der Grundversorgung unserer Stadt Solingen durch profitorientierte Konzerne. Wir fördern die demokratische Verantwortung in unserer Stadt Solingen: durch Öffentlichkeit, Transparenz und mit Hintergrund-Informationen.

Wir treffen uns jeden zweiten Dienstag im Monat um 19.00 Uhr im Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3.

Interessierte sind bei uns herzlich willkommen!

Mehr Infos: [www.solingen-gehoert-uns.org](http://www.solingen-gehoert-uns.org)

**„SOLINGEN GEHÖRT UNS!“**



Verein zur Erhaltung und Förderung der kommunalen Daseinsvorsorge e.V.

## VERSTECKTE PRIVATISIERUNG IST AUCH EINE PRIVATISIERUNG

In den 90-ern bis nach der Jahrtausendwende waren Privatisierungen öffentlicher Daseinsvorsorge an der Tagesordnung. Stadtwerke – zumindest Anteile davon, Schwimmbäder, Rathäuser, Krankenhäuser, der Betrieb von Schulen – vieles wurde an private Investoren verschertelt.

Nach den fetten Aufbaujahren in der Nachkriegszeit hatten sich viele Kommunen übernommen, im Glauben, dass es ewig so weiter geht mit dem Wirtschaftswachstum. Warnungen wurden einfach ignoriert.

Das Erwachen war für viele Kommunen sehr hart: Viele waren schlichtweg überschuldet. Zudem stellte sich immer mehr heraus, dass eine Privatisierung die Dinge nicht besser und billiger, sondern schlechter und teurer machte. Viele Erwartungen wurden von dieser Entwicklung enttäuscht und zunichte gemacht. Dazu gehören auch öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP), im englischen Public-Private-Partnership (PPP) genannt.

Unser Rathaus ist so ein ÖPP-Projekt: Ein Investor hat es für € 30 Mio. gebaut, für € 35 Mio. weiterverkauft, und die Stadt Solingen muss in 30 Jahren geschätzte ca. € 50 Mio. Miete zahlen, ohne dass ihr dann das Rathaus gehört.

Zum Glück folgte endlich ein Aufschrei in der Bevölkerung; die Menschen wollten die plötzlichen Spar-Orgien in Form von Verkäufen und Schließungen sensibler Bereiche der Daseinsvorsorge nicht mehr so einfach hinnehmen. So kam es schließlich unter dem Druck der BürgerInnen zu vermehrten Rückkäufen öffentlicher Daseinsvorsorge.

Alles gut jetzt? Nein – überhaupt nicht!

Das Spiel läuft jetzt anders: Scheibchenweise wird die gesamte Daseinsvorsorge darauf vorbereitet, um immer weiter privatisiert zu werden.

Der Druck kommt von der Bundesregierung:

Auf der einen Seite werden die Kommunen immer weiter und immer mehr durch die Bundesgesetzgebung eingeschränkt und zeitgleich zusätzlich belastet.

Auf der anderen Seite wird die „Schwarze Null“ gefordert – also keine weitere Verschuldung.

Klingt gut, ist es aber nicht. Der Druck wird nach unten, zu den Kommunen weiter gegeben. Dort winden sich die Ratsfraktionen wiederum in teilweise obskuren Verhandlungen um die am wenigsten tödliche Lösung der Schulden-Frage. Die Lösung ist, wie auch immer sie ausfällt, für die BürgerInnen selten produktiv.

Die Privatisierungsbefürworter haben leider nicht dazu gelernt und deshalb auch nicht aufgegeben, an das Positive einer Privatisierung zu glauben. Die PR-Maschinen der Investoren leisten ja auch keine schlechte Arbeit für ihr Geld.

Die verdeckte Privatisierungsmöglichkeit für das Betreiben von Autobahnen, möglicher-



Infostand der Bürgerinitiative „Solingen gehört uns!“

weise auch Bundesfernstraßen, wurde durch eine Grundgesetzesänderung ermöglicht, die leider viel zu wenig Aufmerksamkeit auf sich zog. Dabei gibt es jetzt schon eine Klage der Betreiberfirma der „A 1 Mobil“ zwischen Hamburg und Bremen gegen die BRD wegen nicht erreichter Mautgebühren auf Schadensersatz in Millionenhöhe.

Und trotzdem kam die Grundgesetzänderung unbeachtet durch. Es ist dringend notwendig, wieder mehr Zeit und Energie in die Erhaltung und Förderung der Daseinsvorsorge zu investieren – damit davon noch etwas übrig bleibt nicht nur für uns, sondern ganz besonders die uns nachfolgenden Generationen!

Birgit Correns

## BUSCHFELD:

### CDU IM STADTRAT FÜR, IM REGIONALRAT GEGEN LANDSCHAFTSSCHUTZ

Die Bezirksregierung (BR) Düsseldorf will nach wie vor ein Gewerbegebiet Buschfeld nördlich von Garzenhaus am Naturschutzgebiet Mittleres Ittertal und Baverter Bachtal durchsetzen. Und stellt sich damit gegen den einstimmig bei drei Enthaltungen gefassten Solinger- und gegen den einstimmigen Haaner Ratsbeschluss.

Dieser Antrag der BR wurde am 13.12. im Regionalrat Düsseldorf von CDU und FDP unterstützt. Dagegen wollten SPD, Grüne, Linke und Freie Wähler Buschfeld als Landschaftsschutzgebiet erhalten. Die Abstimmung endete mit einem 15:15-Patt. Dies wohl auch, weil Waldemar Gluch (CDU) im Regionalrat gegen den Landschaftsschutz für Buschfeld stimmte.

Gluch ist zugleich Sprecher der CDU im Solinger Stadtplanungsausschuss, die für den

Landschaftsschutz stimmte. Mit diesem widersprüchlichen Verhalten versetzt die Solinger CDU der politischen Glaubwürdigkeit einen schweren Schlag, den sie hoffentlich noch korrigiert.

Wie geht es jetzt weiter? Das Patt erfordert eine Klärung. OB Tim Kurzbach hatte schon vor der Regionalratssitzung in einem Brief appelliert, dem Solinger Votum zu folgen. Jetzt wäre es sehr wichtig, wenn die Stadt in einer Stellungnahme noch deutlicher machen würde: Die Aufgabe der Buschfeld-Gewerbegebietsplanung wird ausgeglichen durch die Wiedernutzung der umfangreichen Gewerbebrachen. Zugleich könnte darauf verwiesen werden, dass bei der anstehende Aufstellung des Flächennutzungsplans eine neue Planungssicherheit gegeben sein müsste, und hier auf das Gewerbegebiet Buschfeld verzichtet werden kann.

Die Grünflächen im Ittertal sind in der Vergangenheit mehr als halbiert worden. Das Tal ist Bestandteil der regionalen Biotopverbindung vom Rhein über die Bergische Heideterrasse bis zum Tal der Wupper.

Das städtische Ittertal-Gutachten stellt fest, es „verbleiben durch die großflächige Betroffenheit von besonders schutzwürdigen, im Stadtgebiet nur wenig verbreiteter Böden sehr hohe Auswirkungen. (...) Buschfeld stellt eine große, zusammenhängende Freilandfläche dar, die sich im Fall einer Bebauung zu einer großen lokalen Wärmeinsel wandeln könnte.“

Dietmar Gaida

## gruppeninfos



**Rolf Leukel**

Wir haben einen Freund und wichtigen Mitkämpfer verloren. Rolf Leukel war Aktivist und langjähriger Kassierer der Bürgerinitiative „Solingen gehört uns!“ sowie Autor der tacheles.

Er war eine feste Größe in der Solinger Kulturszene: U.a. als Musiker („Rausch“ ...) sowie zusammen mit Peter Braatz als Organisator und Produzent der legendären „HÜÖRT ENS!“-CDs mit Songs von Solinger Musikern in Solinger Platt. Zusammen mit Stephan Frink führte er die Solinger Konzertagentur Bubü Concerts (u.a. Giora Feidmann).

Wir werden ihn, seinen Witz und seine – manchmal sperrigen – klugen Gedanken sehr vermissen.

*tacheles Redaktion*

### Das aktuelle Programm im Bürgerradio bei Radio RSG

#### Januar 2019

Sonntag 20. 1. 2019 19.00 Uhr  
Ohrwerk

Samstag 26. 1. 2019 19.00 Uhr  
Mixtape

#### Februar 2019

Sonntag 3. 2. 2019 19.00 Uhr  
19null4-radiomagazin

Samstag 9. 2. 2019 20.00 Uhr  
Die blaue Welle

Sonntag 10. 2. 2019 19.00 Uhr  
De Hanggeschmedden

Sonntag 17. 2. 2019 19.00 Uhr  
Ohrwerk

Samstag 23. 2. 2019 19.00 Uhr  
Mixtape

#### März 2019

Sonntag 3. 3. 2019 19.00 Uhr  
19null4-radiomagazin

Sonntag 10. 3. 2019 19.00 Uhr  
De Hanggeschmedden

Sonntag 17. 3. 2019 19.00 Uhr  
Ohrwerk

Samstag 30. 3. 2019 19.00 Uhr  
Mixtape

Das Programm ist auch zu finden bei:  
<https://buergerradio-remscheid.jimdo.com/unser-programm/>

#### **Alevitische Kultur Gemeinde Solingen und Umgebung e.V.:**

Weyersberger Str. 32, Kontakt: [isolmaz@arcor.de](mailto:isolmaz@arcor.de)

**AG Weiße Rose:** Geschwister-Scholl-Schule, Querstraße 42

#### **Amnesty international:**

Treff jeden 1. Mittwoch im Monat 20 Uhr, Lebenshilfe (Südpark), Alexander-Coppel-Str. 19-21, Kontakt: Tel.: 4 15 78

**Attac-Frühstückstreff:** Jeden 3. Mittwoch, 10-12 Uhr im Café Courage

**Ausländerrechtliche Beratungskommission:** Hilfe für Härtefälle im Ausländerrecht, Kontakt:

Helmut Eckermann (Tel.: 4 15 78) oder

Diakonisches Werk, Ewa Scott (Tel.: 2 87 27)

**BürgerEnergie Solingen eG:** Kontakt und weitere Informationen: [www.buergerenergie-solingen.de](http://www.buergerenergie-solingen.de), [info@buergerenergie-solingen.de](mailto:info@buergerenergie-solingen.de)

**Bürgerinitiative „Rettet das Ittertal“:** [www.rettetdasittertal.de](http://www.rettetdasittertal.de),

[Post@rettetdasittertal.de](mailto:Post@rettetdasittertal.de)

**Bürgerinitiative „Solingen gehört uns!“:** Jeden 3. Dienstag im Monat, 18:30 Uhr, Café

Courage, Mehr Infos: [www.solingen-gehoert-uns.org](http://www.solingen-gehoert-uns.org), [info@solingen-gehoert-uns.org](mailto:info@solingen-gehoert-uns.org)

**Café Courage:** Klemens-Horn-Straße 3, 42655 SG, Tel.: 27 36 35

**Cow Club:** [www.cowclub.de](http://www.cowclub.de), Kontakt: Wohnzimmer, Düsseldorfer Str. 87 donnerstags 20 Uhr

**Critical Mass:** Radfahrer treffen sich zu gemeinsamer Fahrt, sie wollen mehr Unterstützung für das Radfahren. Jeden 3. Freitag im Monat um 19 Uhr, SG Parkplatz Eissporthalle

**DFG/VK:** Kontakt: Hagü Weber, Tel.: 7 48 09

**FAU Solingen:** anarchosyndikalistische Gewerkschaft, Offenes Treffen jeden dritten Freitag im Monat im Café Courage um 19:30 Uhr, [www.fau.org/ortsgruppen/solingen/](http://www.fau.org/ortsgruppen/solingen/)

**Flüchtlingshilfe Solingen e.V.:** [www.fluechtlingshilfe-solingen.de](http://www.fluechtlingshilfe-solingen.de), Ufergarten 25, 42651 Solingen, Tel.: 20 00 25 34, Fax: 20 00 25 25

**Förderverein Freibad Aufderhöhe:** Kontakt: Birgit Evertz,

Gertrudisstr. 33, Tel.: 5 36 42

**Förderverein Städtefreundschaft Ovacik/Tunceli - Solingen e.V.:**

[ovaciksolingen@web.de](mailto:ovaciksolingen@web.de), Mehrgenerationenhaus, Mercimekplatz 1, 42651 Solingen

**Frauenhaus:** Tel: 5 45 00

**Frauen helfen Frauen:** Brühler Str. 59, Tel: 5 54 70

**Informationsbüro Nicaragua:** Postfach: 10 13 20, 42013 Wuppertal

**Initiative „Bau-Stopp der Bayer-Pipeline“:** Kontakt: D. Donner, Tel.: 0 21 03/6 50 30

**Naturfreundegruppe Wald-Ohlrigs, Haus Holzerbachtal:** Eipaßstr. 25b, 42653 SG, Tel.: 0212-313791, Sa.-So. offen, Infos und Programm: [www.naturfreundehaus-holzerbachtal.de](http://www.naturfreundehaus-holzerbachtal.de)

**Öffentlichkeit gegen Gewalt:** Kontakt: Ursel Ullmann, Tel.: 8 05 23

**RBN, Bergischer Naturschutzverein:** [www.rbn-solingen.de](http://www.rbn-solingen.de); [rbn@rbn-solingen.de](mailto:rbn@rbn-solingen.de), Kontakt: Thomas Bloss, Tel.: 2 30 97 77

**Schritt für Schritt Initiative zur Selbsthilfe.** Jeden Do. von 11:30 – 15:30 Uhr im Café Courage, [schrittfuerschritt@jugendberufshilfe-solingen.de](mailto:schrittfuerschritt@jugendberufshilfe-solingen.de).

**Solinger Appell / Forum gegen Krieg und Rassismus:** c/o Café Courage, Kontakt: [solinger-appell@riseup.net](mailto:solinger-appell@riseup.net) Treff: Do. 31.1.19, 20 Uhr, dann 14-tägig Café Courage

**Solinger Arbeitslosenzentrum „Salz“:** Kuller Straße 4-6, Tel.: 02 12/23 13 44 33, KdU-Treff jeden Dienstag um 14 Uhr

**Stiftung W:** [www.stifung-w.de](http://www.stifung-w.de); [mail@stifung-w.de](mailto:mail@stifung-w.de); Postfach 13 06 55, 42033 Wuppertal

**tacheles:** [tacheles-solingen@gmx.de](mailto:tacheles-solingen@gmx.de), [www.tacheles-solingen.de](http://www.tacheles-solingen.de); c/o Café Courage

**Türkischer Volksverein Solingen und Umgebung e.V.:**

Mehrgenerationenhaus, Mercimekplatz 1 (Früher Van-Meenen-Straße 1)

**Unterstützerkreis Stolpersteine für Solingen:**

c/o Café Courage, Kontakt: Hans-Günter Koch, Tel.: 31 81 30

**VVN-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA):**

[www.solingen.vvn-bda.de](http://www.solingen.vvn-bda.de), c/o Café Courage, Kontakt: Inge Krämer, Tel.: 590 788